

---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **START DES LÄRMPAUSEN-REGLBETRIEBS**

30.05.2016

---

- **Lärmpausen haben keinen positiven Effekt für die Anwohner**
- **Lärm wird nicht reduziert, sondern lediglich umverteilt**
- **Flughafen Frankfurt und Luftverkehr nicht weiter belasten**

WIESBADEN – Anlässlich des heute beginnenden Regelbetriebs der Lärmpausen am Frankfurter Flughafen erklärte Jürgen LENDERS, verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag: „Die Freien Demokraten unterstützen jegliche Maßnahmen, die den Lärm für die Anwohner des Frankfurter Flughafens senken, ohne dem Flughafen in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu schaden. Wir haben in der Vergangenheit unter unserer Verantwortung das Nachtflugverbot umgesetzt und in der Allianz für mehr Lärmschutz mit der Lufthansa beispielsweise eine Flottenverjüngung vereinbart, bauliche Veränderungen am A320 (Tankdeckel) vorangetrieben und die lärmabhängigen Flughafenentgelte eingeführt und erhöht. All das sind Maßnahmen, die tatsächlich zu einer Lärmreduzierung führen und nicht nur zu einer Umverteilung wie die Lärmpausen“.

LENDERS weiter:

„Gerade die im Rahmen der heutigen Pressekonferenz laut gewordenen Hinweise von Al-Wazirs Bündnispartnern, dass der Flughafen keine Verteuerung und keine weiteren Kapazitätsbeschränkungen aushalte, müssen dem Minister eine Warnung sein. Die deutschen Fluggesellschaften und damit auch der Flughafen Frankfurt stehen unter massivem Wettbewerbsdruck? durch außereuropäische Airlines. Wenn wir an der weltweiten Entwicklung des Flugverkehrs nicht mehr teilnehmen, werden über kurz oder lang die großen Fluggesellschaften den Standort Frankfurt als ihr zentrales Drehkreuz in Frage stellen. Ihre flughafenfeindliche Wirtschaftspolitik hat Schwarz-Grün gerade wieder mit ihren Planungen zu weiteren Beschränkungen, wie die im Rahmen des

Klimaschutzplans ins Spiel gebrachte Luftverkehrssteuer und der Lärmobergrenze, eindeutig unter Beweis gestellt. Wer in dieser schwierigen Situation die Lage für Lufthansa und Co. durch einseitige Maßnahmen künstlich weiter verschärft, gefährdet Arbeitsplätze und zukünftige Wachstumschancen in Hessen.“

---

**Kontakt:**

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)